

Elvira Berndt

Rahmenbedingungen auf kommunaler, auf der Ebene des Bundes und der Länder sowie Strukturen der Vernetzung und Kooperation auf diesen Ebenen zwischen Wissenschaft, Praxis, Verwaltung und Politik als Fundament künftiger, im Sinne gewaltfreien Handelns nachhaltiger und effektiver Gewaltprävention

Das Konzept der Gewaltfreiheit meint auch die Abwesenheit von kultureller und struktureller Gewalt sowie die grundsätzlich friedliche Lösung von Konflikten. Wir aber sind von Gewalt umgeben, wir leben in einer gewalttätigen Welt.

Wie schön wäre es, wenn z.B. die Jugendlichen nur eine verzerrte Wahrnehmung der Realität hätten und nur „aufgeklärt“ werden müssten über die wahren Verhältnisse, Strukturen und Gegebenheiten in unserer Gesellschaft. Wenn legales Verhalten tatsächlich zum größeren Erfolg führen würde, wenn Kollegialität und Solidarität in allen gesellschaftlichen Bereichen honoriert würden, wenn Missgunst zum Misserfolg führte und wenn für harte Arbeit guter Lohn gezahlt würde, wenn Gewaltfreiheit Staatsdoktrin und überall geächtet wäre, dann wäre es einfacher, Jugendlichen zu vermitteln, welche Erwartungen die Gesellschaft an sie hat und warum ein entsprechendes Verhalten für den Einzelnen und die Gesellschaft sinnvoll ist. Doch das Verhältnis von jugendlichen Realitätserfahrungen einerseits und den gesellschaftlichen Normen und Werten andererseits klafft deutlich auseinander. Die Gesellschaft erwartet von (Sozial-)Pädagogen etwas nahezu Unmögliches: Sie sollen Werte und Lebensvorstellungen vermitteln, die den Realitätserfahrungen und Wahrnehmungen der Jugendlichen nicht nur nicht entsprechen, sondern oft genug im eklatanten Widerspruch zu diesen stehen. Erwartet wird von Pädagogen nicht die Aufklärung über die gesellschaftliche Realität, sondern die Predigt über ein gewünschtes Verhalten. Das kann kaum nachhaltig erfolgreich sein.

Reale Situation genauer analysieren und adäquat planen

Insofern ist es der erste Schritt in Netzwerken auf allen Ebenen, sich den sie umgebenden Realitäten zu stellen, was bedeutet: Diese Realität bzw. deren themenspezifische Teile zu analysieren, Daten und Fakten zu ermitteln und zur Verfügung zu stellen und auf dieser Grundlage gemeinsames Handeln zu organisieren. Basis dafür müssten längerfristige politische Strategien sein, die der Zivilgesellschaft nachvollziehbar dargelegt werden können, damit alle, die sich bei der Umsetzung dieser Strategien einbringen möchten, dies mit ihren Kompetenzen und Ressourcen auch tun können. In jedes Verwaltungsressort gehört eine Planungsabteilung und diese Abteilungen müssen in erster Linie miteinander kooperieren, damit ressortübergreifendes Handeln wirklich möglich wird. Aus Sicht der Praxis erscheint es oft unglaublich, wie viel zivilgesellschaftliches Potential im wahrsten Sinne des Wortes verschleudert wird, weil die Ergebnisse sinnvoller Beteiligungsprozesse letztlich zwischen den Säulen der Verwaltung oder in der Kurzfristigkeit plakativen politischen Handelns untergehen.

Der beste Lehrmeister für (nicht nur junge) Menschen ist die sie umgebende Realität, sie dient als Modell, um sich in ihr als Persönlichkeit zu verorten. Auf allen politischen Ebenen muss es deshalb in erster Linie darum gehen, die für Familien und junge Menschen belastenden Faktoren ihrer Lebensrealität, die gewaltverschärfend wirken, zu reduzieren. Momentan ergeben sich m.E. daraus drei Kernaufgaben:

- Die relativ entspannte Arbeitsmarktsituation muss genutzt werden, um auch denjenigen eine berufliche Integration zu ermöglichen, die an die Entwicklung von selbst keinen Anschluss mehr finden können. Das aktuelle Programm Jugend stärken im Quartier geht da einen begrüßenswerten Weg. Ähnliche (zusätzliche) Ansätze könnten verstärkend für die entstehenden Jugendberufsagenturen auf den Weg gebracht werden. Es gibt vermutlich kein Programm der Gewaltprävention, das so nachhaltig gewaltreduzierend wirken kann wie die Realisierung von gesellschaftlicher Teilhabe für Menschen,

die von Ausgrenzung betroffen sind, durch die Möglichkeit der eigenständigen Lebensgestaltung.

- Ein großes Thema drohender sozialer Desintegration, zumindest im großstädtischen Raum, ist das Thema Wohnen. Hier sind ressortübergreifende politische Initiativen erforderlich, die vom Schutz der Familien (und damit der Kinder!) vor Zwangsräumungen über einen verbesserten Zugang zu eigenem Wohnraum für junge Menschen bis zu einer Wiederbelebung des § 13.3 SGB VIII zur Schaffung (aus-)bildungsbegleitender Wohnmöglichkeiten reichen. Dem bildungs- und ausbildungsbegleitenden Wohnen muss mindestens der gleiche politische Stellenwert eingeräumt werden wie dem studentischen Wohnen! Segregation und Anonymität in Nachbarschaften wirken Gewalt verschärfend, nicht nur im Öffentlichen Raum.
- Das Thema Bildung muss raus aus der Gleichsetzung mit Schule. Bildung muss attraktiv werden. Bildungsbündnisse zwischen Praxis, Wissenschaft, Bund/Ländern/ Kommunen und Unternehmen mit dem Ziel, in allen Bereichen der Gesellschaft kostenfreie und niedrigschwellige Zugänge zu interessen- und stärkenorientierter Bildung zu schaffen, wären eine äußerst sinnvolle Aufgabe gewaltpräventiver Netzwerke. Dabei geht es nicht in erster Linie um curriculare Abschlüsse, sondern um die gesellschaftliche Normalität von (Selbst-)Bildung. (Dazu gehört übrigens auch das Selbstverständnis, dass man sich in diesem Land nicht gebildet nennen sollte, wenn man keine Ahnung von den Lebensbedingungen des Großteils der hier lebenden Bevölkerung hat. Bildungsbedarf gibt es i.d.S. auch bei den sogenannten Eliten.)

Verhältnis von Wissenschaft und Praxis neu gestalten

Wir sind in einer Situation, in der bildlich gesprochen auf den Schultern jedes Praktikers, der mit „diesen“ Jugendlichen (oder auch Erwachsenen) arbeitet, mindestens zehn Kontrolleure, Steuerer, Evaluations- und andere Experten, wissenschaftliche Begleiter, Sachbearbeiter... sitzen. Jede dieser Instanzen benötigt für ihre Legitimation eine Pseudo-Objektivität, die letztlich dazu führt, dass Formblatt X und Nebenbestimmung

Y wichtig sind, aber nicht der Inhalt, die Erkenntnisse der Arbeit und schon gar nicht die Fehler, aus denen man lernen könnte.

Und wozu dienen eigentlich die wissenschaftlichen Begleitungen diverser Sonderprogramme, bei denen man immer den Eindruck hat, die gewünschten Ergebnisse wären schon vorab formuliert? Wenn all diese Instanzen der Praxis dienen würden, also dazu da wären, alles zu tun, damit die Kolleg*innen vor Ort ihre Arbeit ganz besonders erfolgreich tun können, dann wäre schon eine Menge gewonnen. Dann würde die Wissenschaft anknöpfen und fragen: Was braucht ihr in der Praxis, wozu sollen wir forschen? An eine solche Frage in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten kann zumindest ich mich nicht erinnern und ich befürchte, das geht nicht nur mir so.

Wir haben in sehr vielen Bereichen kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. In unserer schnelllebigen Zeit werden immer wieder Evaluationen und wissenschaftliche Begleitungen auf den Weg gebracht, für deren Erkenntnisse sich dann, wenn sie formuliert sind, schon niemand mehr interessiert. M.E. wäre es hilfreicher, gewaltpräventive Wirkungen nicht durch die wissenschaftliche Begleitung einzelner kurzfristiger Programme oder einzelner Projekte zu erforschen, sondern – auch in Längsschnittuntersuchungen – bspw. zu ermitteln, durch welche Interaktionen und Herangehensweisen junge Menschen zu gewaltfreiem Handeln motiviert und befähigt werden oder wie sich Veränderungen im öffentlichen Raum oder auch die Veränderung einer sozialen Infrastruktur für Jugendliche und Familien längerfristig auf die Gewaltbelastung auswirken. Eine enge, längerfristige Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis anzuregen und zu ermöglichen wäre eine wichtige Aufgabe insbesondere auf der Länder- und Bundesebene.

Handlungsorientierung in Netzwerken verstärken

Wir brauchen nicht noch eine Vernetzung, noch mehr Vernetzungstreffen, noch mehr Kooperationsvereinbarungen, in die dann keiner mehr reinschaut...

Nein, ich habe so gar nichts gegen „Netzwerken“, es gehört zum Kern meiner Arbeit. Gerade deshalb erlebe ich die Starrheit einer „versäulerten“ Verwaltung besonders intensiv. Insbesondere bei den Themen öffentlicher Raum und Gewalt benötigen Strategien und Problemlösungen fast immer mehrere Institutionen und Ressorts. Es mag sein, dass dies in einer kleinen Gemeinde nicht so problematisch ist wie in einer Millionenstadt, aber gerade in großstädtischen Ballungsräumen werden effektivere Strukturen benötigt.

In einem fünf Jahre andauernden Prozess hat Gangway e.V. z.B. im Berliner Stadtteil Wedding den Veränderungsprozess eines stark gewaltbelasteten innerstädtischen Platzes mitgestaltet, aus dem einige Schlussfolgerungen für ein erfolgreiches (kommunales) Handeln gezogen werden können.¹

Zum Erfolg geführt haben hierbei insbesondere folgende Faktoren:

- ein politisch abgesichertes strategisches Gesamtkonzept im Sinne integrierter Stadtentwicklung, das Beteiligung, Stadt- und Landschaftsplanung, Soziale Arbeit, kulturelle Belegung und Ordnungspolitik gleichermaßen in den Blick nimmt;
- ein klares Bekenntnis zum Ziel der Umgestaltungsprozesse („Ein Platz für Alle!“);
- ein Bundesprogramm (Aktive Zentren), das es ermöglicht, bauliche Veränderungen mit sozialer Arbeit (Mediation, Konfliktmanagement, Organisation von Beteiligungsprozessen) zu begleiten;
- eine frühzeitige und umfassende Einbeziehung aller zivilgesellschaftlichen Kräfte im Umfeld (auch der als problematisch wahrgenommenen Zielgruppen!);
- ein regelmäßig tagender Runder Tisch als Ort umfassender Information und notwendiger Aushandlungsprozesse;

¹ Der Prozess am Leopoldplatz im Wedding ist u.a. hier dokumentiert: <http://gangway.de/interventionsstrategien-im-oeffentlichen-raum/> Seite 71 bis 105

- eine ebenfalls regelmäßig tagende Praktiker-Runde aller rund um den Platz tätigen Professionen zur Abstimmung und Nachjustierung von Maßnahmen und Vorgehensweisen;
- eine direkt beim Bürgermeister angesiedelte Stabsstelle als starke Schnittstelle zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung.

Für den öffentlichen Raum ist ein abgestimmtes Vorgehen ein besonders schwieriges Unterfangen, weil hier extrem unterschiedliche Nutzungsinteressen und Politikressorts aufeinandertreffen. Von der Verfasstheit des öffentlichen Raums, von der dort herrschenden Aufenthaltsqualität, der Nutzungsmischung und dem Ausgleich der Nutzungsinteressen ist in hohem Maße abhängig, wie hoch oder niedrig dort die Gewaltbelastung ist. Solche Prozesse der Umgestaltung des öffentlichen Raums sind zeitintensiv und benötigen daher ein besonders hohes Maß an Kontinuität und Verlässlichkeit, damit das zunächst vorhandene zivilgesellschaftliche Engagement nicht in Frustration und Politikverdrossenheit umschlägt. Auch deshalb erscheint eine Stabsstelle beim jeweiligen Bürgermeister, der die Begleitung zivilgesellschaftlicher Gremien obliegt und die – mit entsprechenden Fähigkeiten der Koordination, Moderation und Mediation – als Schnittstelle zur Verwaltung dient, sinnvoll.

Regelsysteme verlässlich stärken

Kontinuität und Verlässlichkeit schaffen Vertrauen. Dies ist auch noch in einer weiteren Hinsicht von großer Bedeutung. In der aktuellen Zerrissenheit der Gesellschaft und der damit verbundenen großen Verunsicherung weiter Teile der Bevölkerung gibt es ein starkes Bewusstsein für eine klare Spaltung der Gesellschaft in „die da unten“ und „die da oben“ mit einer Mittelschicht dazwischen, die mit aller Macht gegen den ökonomischen und sozialen Abstieg kämpft. Bei denen „da unten“ greift die Überzeugung Raum, dass „alles erst mal radikal weg muss“, damit sich überhaupt etwas ändern kann. Angst greift um sich, der Ton wird rauer, unterschiedliche Gruppen neigen eher zur Abgrenzung als zur Kooperation. Im öffentlichen Raum als Teil des Gemeinwesens, in

dem Menschen leben, den Großteil ihrer sozialen Beziehungen haben und ganz unmittelbar vom Handeln der Politik und Verwaltung betroffen sind, sind entsprechende Veränderungsprozesse schnell spürbar. In einer solch potentiell gewaltverschärfenden Situation ist es ganz besonders wichtig, ein hohes Maß an Vertrauen zu schaffen und Verlässlichkeit zu beweisen. Ein klares Bekenntnis zum Erhalt der hier geltenden Standards der Sozialsysteme und, wo immer möglich, eine Investition in die kulturelle und soziale Infrastruktur insbesondere für Kinder, Jugendliche und Familien sowie eine konsequente Umsetzung von (kommunalen) Strategien schaffen mehr Vertrauen und aktivieren besser als jede nachgehende Intervention oder individuelle Hilfe – in diesem Sinne sind starke Regelsysteme vermutlich auch die beste Gewaltprävention.